

- Teilen
- Drucken
- Als PDF speichern

[Zurück zur Übersicht](#)
[Pressemitteilung](#)

Offizielle Übergabe des ehemaligen Eichamts in Wertheim als neuer Dienstsitz der Dienststelle des Regierungspräsidiums Stuttgart im Rahmen einer Feierstunde

15.05.2018

Amtsleiter Ingo-Michael Greiner von Vermögen und Bau Baden-Württemberg Amt Heilbronn übergab heute, Dienstag, 15. Mai 2018, Regierungsvizepräsidentin Sigrun von Strauch das ehemalige Eichamt in Wertheim-Bestenheid, in dem die bereits bisher in Wertheim angesiedelte Dienststelle des Regierungspräsidiums Stuttgart neu untergebracht wurde. Ebenfalls zugegen war der Erste Bürgermeister der Stadt Wertheim, Wolfgang Stein.

„Mit dem ehemaligen Eichamt konnte eine geeignete Unterbringung am bisherigen Dienstort Wertheim erfolgen und somit auch eine gute Lösung für die Belegschaft gefunden werden“, so Regierungsvizepräsidentin Sigrun von Strauch.

„Zusätzlich stärken wir durch den Verbleib unserer Dienststelle in Wertheim den Ländlichen Raum, indem wir als Regierungspräsidium Stuttgart auch weiterhin in der Region mit einer Dienststelle präsent sind. Der Dienststellenstandort hat sich dank der guten Zusammenarbeit mit der Stadt Wertheim und dem Main-Tauber-Kreis seit der Eröffnung im Oktober vergangenen Jahres fest etabliert“, betonte von Strauch. „Ein besonderer Dank gilt dem zuständigen Amt Heilbronn des Landesbetriebs Vermögen und Bau, welches das Anfang der 1950er Jahre errichtete ehemalige Eichamt innerhalb von nur wenigen Monaten bezugsfertig renoviert hat“, führte von Strauch weiter aus.

Nachdem im Rahmen der Standortkonzeption des Landes für die Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge Ende des Jahres 2016 die Entscheidung getroffen worden war, die Einrichtung in Wertheim zum 30. September 2017 zu schließen, konnte den betroffenen Beschäftigten durch die Einrichtung einer neuen Dienststelle des Regierungspräsidiums Stuttgart mit verschiedenen Aufgabengebieten eine neue Perspektive geboten werden. Offiziell eröffnet wurde die neue Dienststelle am damaligen Standort auf dem Reinhardshof am 17. Oktober 2017. „Auf diese Weise konnte der Übergang von der Erstaufnahmeeinrichtung zur Dienststelle fließend gestaltet werden“, erklärte von Strauch.

Die rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Regierungspräsidiums sind bereits Mitte April in die neuen Räumlichkeiten umgezogen. Der Umzug war notwendig geworden, weil der bisherige Standort der Dienststelle auf dem Gelände der ehemaligen Erstaufnahmeeinrichtung Wertheim im Stadtteil Reinhardshof künftig durch die Hochschule für Polizei Baden-Württemberg genutzt wird. Im Rahmen der Einstellungsoffensive der Polizei sollen auf dem dortigen Gelände ab Juli 2018 wieder Polizeibeamtinnen und -beamten ausgebildet werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Dienststelle nehmen seither Aufgaben in den Bereichen Organisation, Kommunales, Straßenwesen und Verkehr, Luftverkehr und Luftsicherheit sowie Haushalt und Controlling wahr. Auch das neue Landesförderprogramm ‚Integrationsmanagement‘ im Rahmen des ‚Pakts für Integration‘ wird in Wertheim abgewickelt.

Hintergrundinformationen

Maßgeblich für die im Rahmen der Standortkonzeption des Landes für die Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge gefassten Entscheidungen sind ein flexibles System, die zurückgehenden Flüchtlingszahlen und die zukünftige Strukturierung der landesweiten Erstunterbringung. Neben dem Ankunftszentrum in Heidelberg soll es in jedem der vier Regierungsbezirke künftig noch eine Landeserstaufnahmeeinrichtung (LEA) geben. Für den Regierungsbezirk Stuttgart soll dies die LEA in Ellwangen werden. Damit einher ging die Aufgabe der Erstaufnahmeeinrichtung (EA) in Wertheim zum 30. September 2017.

Infolge der Schließung dieser Einrichtung wurden den rund 30 Beschäftigten der ehemaligen EA Wertheim in der am 17. Oktober 2017 offiziell eröffneten neuen Dienststelle des Regierungspräsidiums Stuttgart auf dem Reinhardshof verschiedene neue Aufgaben übertragen. Nach Bekanntwerden der Planungen der Landesregierung im November 2017 zur künftigen Nutzung des Geländes der ehemaligen EA Wertheim als ein weiterer Standort der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg musste ein neuer Standort für die Dienststelle Wertheim gefunden werden. Hierfür kam das ehemalige Eichamt in Wertheim als Betracht.

Kernbestandteil des Pakts für Integration ist die Finanzierung von rund 1.000 Integrationsmanagern bei den Kommunen in Baden-Württemberg. Diese sollen die Flüchtlinge bei ihrer Eingliederung vor Ort unterstützen. Mit dem Pakt stellt das Land den Städten und Gemeinden für die Jahre 2017 und 2018 eine Fördersumme von insgesamt 320 Millionen Euro zur Verfügung. Pauschal erfolgt mit 180 Millionen Euro eine Entlastung bei den Kosten für die Anschlussunterbringung. 140 Millionen Euro fließen in konkrete Integrationsförderprogramme und -maßnahmen vor Ort mit Schwerpunkt auf das Integrationsmanagement.

Kategorie:

Abteilung 1 Regierungsvizepräsidentin